



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Jugendhilfeausschuss		

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung für den Bereich der Streetworker in der nächsten Sitzung die Auswirkungen des aktuellen Stellenbesetzungsverfahrens darzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, die im Stellenplan festgeschriebenen 2 vakanten Streetworkerstellen für Köln bis spätestens zum 01.07.2011 bzw. zum 01.09.2011 zu besetzen. Zudem soll geprüft werden, ob eine Wiederbesetzung vor Ablauf der Wiederbesetzungssperre 01.07.2011 bzw. 01.09.2011 möglich ist.

Die noch ausstehende Evaluation soll so eingebracht werden, dass eine Beratung möglich ist und die Stellen gegebenenfalls über 2013 hinaus fortgeschrieben werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auswirkungen der Vakanzen

Die personellen Vakanzen bei Streetwork entstanden durch erfolgreiche interne Bewerbungen zweier Kollegen auf höher dotierte bzw. unbefristete Stellen und führten auf Grund der Wiederbesetzungssperren zu Beeinträchtigungen in der Umsetzung des Projekts.

Konkret bedeutete dies:

1. Die Sachgebietsleitung (Jugendarbeit/ Jugendschutz/ Streetwork) hatte die vakante Gruppenleitung des Modellprojekts Streetwork zu kompensieren
2. Da dies praktisch nicht realisierbar war, wurde ein Mitarbeiter eines linksrheinischen Teams Streetwork verstärkt in Leitungs- und Koordinierungsfunktionen eingebunden. Mit Rücksicht auf die Arbeit vor Ort des linksrheinischen Teams, geschah dies nur in dem absolut nötigen Umfang.
3. Erfolgversprechende Ansätze zur Weiterentwicklung des Projektes, die von der Leitungsstelle abhingen, konnten nicht weiter geführt werden z.B.
 - Installierung eines AK Mobile Jugendarbeit/Streetwork/Durchführung einer Fachveranstaltung zur Mobilen Jugendarbeit in Köln
 - Systematischer Fachaustausch mit dem Ordnungsamt und KK 57 zu „problematischen Jugendgruppierungen“.
 - An der geforderten (externen) Evaluation konnte nicht gearbeitet werden, weil die Leitungsstelle das Evaluationsdesign hätte mitgestalten müssen und weil im Rahmen des o. g. Ratsbeschlusses keine Mittel für diesen Zweck bereit gestellt wurden. Eine erfolgreiche Drittmittelakquise scheiterte wiederum an mangelnden personellen Ressourcen in der Leitung des Projekts.
4. Die Leitungsstelle Streetwork fungiert gleichzeitig als Fachstelle für Gewaltprävention. Aus dem Ratsbeschluss vom 29.01.2008 „Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität“ ergibt sich der Auftrag zur Erstellung eines „Integrierten Handlungskonzeptes“. An der Entwicklung dieses Konzepts hat die Leitungsstelle Streetwork/ Gewaltprävention gemeinsam mit vielen weiteren Experten gearbeitet. Trotz der Vakanz erfolgte die Weiterarbeit hieran, auf der Basis einer hohen Motivation vieler Träger und Partner. Nach Vorstellung des Konzepts im AK § 80 Integrierte Jugendarbeit wird es in der 2. Jahreshälfte in den JHA eingebracht.
5. Streetwork ist seit 01.09.2010 im rechtsrheinischen nicht mehr präsent. Die Kollegin der AWO, deren Teampartner das Projekt verlassen hat, konnte nicht alleine vor Ort tätig werden. Aus Sicherheitsgründen sind Einsätze vor Ort nur im Team möglich. Die Kollegin fungiert seither als Springerin und verstärkt die linksrheinischen Teams vor allem bei Vakanz durch die administrative Inanspruchnahme des o. g. Mitarbeiters. Die Meldungen aus dem Rechtsrheinischen konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Wiederbesetzung

Mit Unterstützung des Personal- und Organisationsamts wird nunmehr die Wiederbesetzung beider Stellen zum 01.07. bzw. 01.09. angestrebt.

Eine frühere Besetzung wird auf Grund der Einsparvorgaben nicht für möglich erachtet.

Evaluation

Auftrag der Leitungsstelle wird es u. a. sein, eine Projektevaluation zu ermöglichen und zu gestalten. Hierfür müssen entsprechende Sachmittel zur Verfügung stehen.

Gez. Dr. Klein